



Kinderkrippenplätze, Trägerschaft – Zwischenbericht Stadtrat zum Postulat Nr. 2006/121 von Erika Eichenberger namens der Grünen Fraktion

Zwischenbericht Stadtrat

Mit ihrem Postulat vom 30.10.2006 erkundigte sich Erika Eichenberger (Grüne Fraktion) nach den Möglichkeiten der Bildung einer gemeinsamen Trägerschaft zwischen der Stadt Liestal, dem Kanton Baselland und in Liestal ansässigen Firmen zur Schaffung von zusätzlichen Kinderkrippenplätzen und wies darauf hin, dass, entsprechend einem Kommentar zum Cercle indicateur – Benchmarking Liestal 2005, Liestal im Bereich der Kinderbetreuungsplätze Handlungsbedarf aufweist.

In einem ausführlichen Zwischenbericht von November 2007 wurde das Postulat dahingehend beantwortet, dass Liestal die Entwicklung im Zusammenhang mit der Gesetzesvorlage des Kantons Basellandschaft über die Familien ergänzende Tagesbetreuung abwarten will, um Massnahmen zur Schaffung von neuen Tagesbetreuungsplätzen im Rahmen des Vollzugs des neuen Gesetzes zu realisieren. Ferner hat die damalige Umfrage bei umliegenden Gemeinden, Wirtschaftsverbänden und Kantonalen Einrichtungen ergeben, dass von keiner Seite Bereitschaft für eine gemeinsame Trägerschaft von weiteren Kinderkrippenplätzen bekundet wurde.

Gemäss Mitteilung der zuständigen kantonalen Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion soll die Beratung der überarbeiteten Vorlage zu diesem Geschäft im 3. Quartal 2011 von der zuständigen Kommission aufgenommen werden.

Hauptsächlicher Grund für die seinerzeitige Rückweisung der Vorlage zu einem Gesetz über die Familien ergänzende Kinderbetreuung waren die stark gemeindelastigen Kostenfolgen; entsprechend erklang im Parlament der Ruf nach moderateren Kostenmodellen, vor allem im Vorschulbereich.

Die Bevölkerung Liestals hatte in der Zwischenzeit den Ausbau eines eigenen kommunalen Modells zur flächendeckenden Einführung von Blockzeiten mit ergänzender Tagesbetreuung an den Schulen Liestals abgelehnt; wenn das Resultat auch knapp ausfiel, wurde dennoch deutlich, dass kommunale Modelle zur Förderung von familienergänzenden Massnahmen im Schulbereich – und dies dürfte auch für den Vorschulbereich gelten - zum jetzigen Zeitpunkt kaum mehrheitsfähig sind, da die Gemeinden die kantonale Gesetzgebung abwarten wollen. An dieser Situation dürfte sich in der Zwischenzeit kaum etwas verändert haben.

Unbestrittener weise ist ein Ausbau des Angebotes an Tagesbetreuungsplätzen in Liestal erwünscht.

Aktuell gibt es verschiedene Anbieter, welche von der Stadt Liestal aus Gründen ihrer Entstehungsgeschichte finanziell nicht gleich behandelt werden.

Subventionen erhalten das Tagesheim Sunnewirbel und der Verein Tagesfamilien Oberes Baselland; weitere in der Zwischenzeit neu dazu gekommene Anbieter erhalten von der Stadt keine finanziellen Beiträge. Insgesamt gibt Liestal rund CHF 270'000.- für die familienergänzende Tagesbetreuung aus.

Daraus ergeben sich die folgenden Optionen:

Mittelfristig ist ein Strategiewechsel der Subventionspolitik der familienergänzenden Tagesbetreuung vorzunehmen, welcher alle Anbieter, die den erforderlichen Qualitätsstandard erreichen, gleich behandelt und so den freien Wettbewerb fördert (Subjektfinanzierung). Es bleibt nach wie vor zu hoffen, dass die neue Gesetzgebung einen solchen Schritt auf Kantonsebene für alle Gemeinden verpflichtend herbeiführt. Sollte der Systemwechsel auf Kantonsebene scheitern, beabsichtigt der Stadtrat diesen gleichwohl zu vollziehen.

ANTRAG

Der Einwohnerrat nimmt vom stadträtlichen Zwischenbericht Kenntnis.

Liestal, 16.08.2011

Für den Stadtrat

Die Stadtpräsidentin:

Regula Gysin

Der Stadtverwalter:

Benedikt Minzer